

**Anlässlich der Premiere des Theaterstücks „Die Lage“ von Thomas Melle hat das Freie Werkstatt Theater (FWT) in der Kölner Südstadt einige Gespräche zur Wohnraumsituation geführt. Das digitale Programmheft versammelt u.a. Interviews mit David Hartung (SPD), Anna Kipp (Grüne Jugend) und Hans Mörzter (Lutherkirche). Meine Stellungnahme liest sich wie folgt:**

***Welche Entwicklungen haben Sie in den letzten Jahren in Köln oder der Kölner Südstadt hinsichtlich Gentrifizierung festgestellt?***

Die Entwicklungen sind zahlreich und sie sind durchweg negativ. Bei der Miethöhe nimmt Köln ja bereits seit Jahren eine Spitzenposition im bundesweiten Vergleich ein. Das gilt für den Bestand genauso wie für den Neubau – so er denn überhaupt stattfindet. Die Folge ist, dass immer mehr Durchschnittsverdiener:innen um die wenigen verfügbaren Wohnungen konkurrieren, einkommensschwache Mitbürger:innen haben keine Chance mehr. Sie sind gezwungen, die Stadtteile zu verlassen, was immer auch mit dem Verlust von vertrauten Strukturen und gewachsenen Lebensqualitäten einhergeht. Das führt bisweilen sogar in die Obdachlosigkeit, die dramatisch zunimmt, was jeder beobachten kann, der mal mit offenen Augen durch die Stadt läuft.

***Wie groß schätzen Sie die Problematik – bezogen auf Köln, im Vergleich zu anderen Problematiken – ein?***

Köln hat zahlreiche Probleme. Aber im Vergleich zu der Frage, ob z.B. die Oper jetzt 2024, 2025 oder am Sankt-Nimmerleinstag eröffnet, ist die Frage nach dem eigenen Dach über dem Kopf viel grundlegender. Wohnen müssen wir alle. Und dahinter steht die elementare Frage, wie wir leben wollen. Nochmal: Die anhaltenden Umwidmungen in Eigentum, Verteuerung, Mieteraustausch, Verdrängung und Gentrifizierung bewirken brutale Umwandlungsprozesse, die die in Jahrzehnten zusammengewachsene Bevölkerungsstruktur in unseren Vierteln zerstört. Beispiel: Im Dezember 2020 hat das Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Köln eine Studie veröffentlicht,

wonach sich die Zahl der Kurzzeitvermietungen in den letzten fünf Jahren verzehnfacht hat. Im Stadtteil Neustadt-Süd gab es demnach dreimal so viele professionelle Angebote für Touristenwohnungen als herkömmliche Mietinserate. Das ist ein Riesenproblem. Und größtenteils illegal.

***Welche Maßnahmen haben Sie, innerhalb der Partei Die Linke (oder auch mit anderen Parteien zusammen) ergriffen um a) auf das Thema aufmerksam zu machen und b) dagegen vorzugehen?***

Im Stadtrat haben wir zahlreiche wohnungspolitische Anträge und Anfragen gestellt, um die Situation in Köln zu verbessern (Konzeptvergabe, Erbpacht, Wohnungsaufsicht, Mietendeckel, sozial geförderter Wohnungsbau). Zumeist hatte das schwarz-grüne Bündnis aber kein allzu großes Interesse an unseren Initiativen und saß eher auf der Bremse. Ganz anders in der Bezirksvertretung Innenstadt, in der eine bunte Mehrheit (Grüne, Linke, Deine Freunde, GUT) jahrelang weitergehende Beschlüsse gefasst hat (mehr Milieuschutzsatzungen, weniger Zweckentfremdungen, Erhalt von Bauwagenplatz und Autonomem Zentrum). Leider wurden unsere Anträge zumeist vom Stadtrat wieder kassiert. Aber gut, die Kommunalwahlen sind gelaufen.

***Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach noch notwendig, damit sich die Problematik verbessert?***

Jahrzehntlang hatte man geglaubt, der Markt werde die Dinge schon regeln. Stattdessen hat er sie drastisch verschärft, weshalb wir heute mit einzelnen Maßnahmen gar nicht mehr viel ausrichten können. Es braucht ein riesiges Bündel von Maßnahmen, von denen ich einige in der vorherigen Antwort bereits genannt habe. Damit nicht alles noch schlimmer wird, sollten umgehend weitere Stadtviertel unter Milieuschutz gestellt werden (§176 Baugesetzbuch). Die Stadt München hat mit diesen sozialen Erhaltungssatzungen durchweg gute Erfahrungen gemacht und inzwischen 25 Gebiete unter Schutz gestellt (in Hamburg gibt es 20 und in Berlin sogar 60 Satzungen). In Köln haben wir seit 2014 auf die Satzung für das Severinsviertel gewartet. Diese soll jetzt erstmal fünf Jahre in Ruhe beobachtet werden. Es ist unfassbar, wieviel Zeit sich die Stadtverwaltung



nimmt.

Damit der Wohnungsbestand nicht noch weiter schrumpft, sollten illegale Zimmervermietungen, Leerstände und Umwandlungen in Ferienwohnungen konsequent geahndet werden. Bei Neubau-Genehmigungen sollte konsequent auf Wohnungsbau fokussiert werden, der Bedarf an Büro- oder Prestigebauten, Hotels und Anlageobjekten ist gedeckt. Eine Sofortmaßnahme muss natürlich der Stopp von Zwangsräumungen sein. Pandemiebedingt nehmen diese zurzeit zu. Die Stadt Köln kann diese untersagen und sollte das auch dringend tun.

**Wie sieht die Parteienlandschaft aus: ziehen die meisten Parteien an einem Strang hinsichtlich dieses Themas? Oder stellen sich manche auch dagegen, gibt es viele Diskussionen oder Opposition?**

Man muss allen Parteien zugutehalten, dass sie die Problematiken und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen erkannt haben. Dabei scheinen es aber gerade die bürgerlichen Parteien eher nicht so eilig zu haben und verweisen gerne auf die Bundes- und Landespolitik, die gefälligst helfen müsse. Dabei könnte die Stadt Köln sehr wohl sehr viel tun, wie ich in einer vorherigen Antwort bereits geschildert habe. In den Vereinbarungen von Grünen, CDU und Volt spielt das Thema Wohnungspolitik allerdings eine untergeordnete Rolle, die Prioritäten liegen auf Klima und Verkehr. Fortschrittliche Impulse

werden in den nächsten Jahren wohl eher aus den am meisten betroffenen Stadtbezirken Nippes, Ehrenfeld und Innenstadt kommen, in deren Bezirksvertretungen es ja breite bunte Mehrheiten gibt. Was in jedem Fall hilft, ist Druck von der Straße. Es braucht mehr Initiativen wie die Obdachlosen mit Zukunft (OMZ), Recht auf Stadt oder die Mahnwache gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

**Haben Sie Bürger\*inneninitiativen bemerkt, die sich für diese Problematik engagieren? Und wie schätzen Sie den Einsatz der Kölner Bürger\*innen insgesamt für diese Thematik ein?**

Als 2016 das Haus Kartäuserwall 14 entmietet wurde, formierte sich rund um die Südstadtkneipe „Lotta“, die im Nebenhaus sitzt, Protest und Widerstand. Das Haus wurde besetzt, geräumt und abgerissen. Da wo zuvor jahrzehntelang Familien gelebt hatten, klafft bis heute eine Baulücke.

Damit die seit einem Jahr gültige Milieuschutzsatzung für das Severinsviertel auch angewendet wird, hat sich eine Mieter\*innen-Initiative gegründet: severinsviertelerhalten. Diese wird von der Lutherkirche und den Parteien vor Ort unterstützt. Auch bei von Verdrängung betroffenen Kultureinrichtungen funktioniert die Vernetzung und Unterstützung in der Regel ganz gut. Im vergangenen Sommer haben sich einige Obdachlose zur Initiative „Obdachlose mit Zukunft (OMZ)“ zusammengetan und kurzerhand ein leerstehendes Haus an der Bonner Straße besetzt. Sie wollen zusammen wohnen, leben und arbeiten.

Insgesamt ist das Engagement der Kölner\*innen für diese Themen eher zurückhaltend: Während in anderen Mieterstädten wie Hamburg, Frankfurt und sogar München zehntausende Menschen auf der Straße protestierten, kamen in Köln immer nur wenige hundert Menschen zu den Demonstrationen. Offensichtlich kriegen die Kölner\*innen den Arsch erst hoch, wenn ihnen selber die Kündigung ins Haus flattert (Arsch huh!). Da wünscht man sich mehr Solidarität.

Interview: Laura Suppe

Redaktion: Veronika Firmenich

Link: <https://www.fwt-koeln.de/de/wohngeschichten.html>